

# Juso Hochschulgruppe Kiel

---

c/o AStA Uni Kiel, Westring 385, 24118 Kiel,  
www.jusos.uni-kiel.de



## Stellungnahme zu den Drucksachen 17/28 und 17/54, sowie Umdruck 17/90

Bildung ist für uns ein partizipatorischer und emanzipatorischer Akt von hoher Bedeutung. Zugleich ist Bildung ein Wert an sich. Chancengleichheit und die freie Entfaltung des Individuums sind das dringendste Ziel im Bildungsbereich.

1. Grundsätzlich fordern wir die paritätische Beteiligung aller drei an der Universität tätigen Gruppen in allen Gremien der universitären Selbstverwaltung. Wir wollen die studentische **Mitbestimmung** fördern und ausweiten. Nur mit einer umfassenden Mitbestimmung der Studierenden kann eine demokratische Universität verwirklicht werden. Dazu gehört auch, dass die Studierenden in den Gremien der Universität mindestens ein Drittel der Plätze besetzen. Wir Studierenden sind die größte Gruppe an der CAU und erheben Anspruch auf entscheidendes Mitspracherecht.
2. Zur Zusammensetzung des **Senates** hat die Studierendenschaft das Modell eines erweiterten Senates entwickelt, welches für ProfessorInnen, Mittelbau und Studierende jeweils 12 Sitze vorsieht anstatt bisher 12:7:4. Dieses Modell ist der Stellungnahme beigelegt. Dies stellt die konsequente Umsetzung der in Punkt 1 genannten Forderungen dar.
3. Der **Universitätsrat** ist aus Sicht der Juso-Hochschulgruppe abzuschaffen. Schon derzeit finden seine Beschlüsse und Empfehlungen in der Politik kaum Beachtung, gleichzeitig gerät durch ihn die Hochschulautonomie in Gefahr und die Studierenden haben nahezu keine Einflussmöglichkeiten. Dies ist ein grundsätzliches Problem. Studierende müssen ein Mitbestimmungsrecht haben. Die bisherige beratende Stimme der Studierenden ist für uns nicht hinnehmbar.
4. Die Politik darf die Möglichkeit, **Ehrenämter** auszuführen, nicht beschneiden, sondern muss sie fördern. Das Gegenteil ist seit der Einführung der Studiengänge Bachelor und Master der Fall. Ehrenamtliches Engagement wird weder unterstützt noch angemessen gewürdigt. Die Arbeitsbelastung der Studiengänge ist zu hoch. Zudem sind die Anrechnungsregeln beim BAföG von 1:3 oder 1:4 (ein Semester mehr BAföG für drei oder vier Semester Gremienarbeit) völlig realitätsfremd und wirken abschreckend. Wenn sich das Studium durch eine ehrenamtliche Tätigkeit verlängert, darf sich dies nicht negativ auf die Auszahlung des BAföG auswirken. Zudem sollte die Übernahme solcher Ämter auf Wunsch im Abschlusszeugnis Berücksichtigung finden. Das Ehrenamt muss gestärkt werden! Dazu gibt es erhebliche Probleme neben dem Studium sich durch einen **Nebenjob** dasselbe zu finanzieren und/oder **Kinder** groß zu ziehen. Auch dies sind Auswirkungen der viel zu hohen Arbeitsbelastung durch das Studium. All dies muss aber Studierenden möglich sein, um nicht nur denjenigen die Möglichkeit eines Studiums zu eröffnen, die nicht auf eine Erwerbsarbeit während des Studiums angewiesen sind. Der AStA ist die legitime Vertretung der Studierenden und muss sich deshalb zu allen Dingen äußern, die einer studentischen Kommentierung bedürfen. Daher ist dem AStA ein allgemeinpolitisches Mandat zu gewähren.

**Vertreter\_innen aus der Gruppe der**

-  Professor\_innen
-  wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen
-  Studierenden
-  nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen

**Änderungsvorschlag**

**Erweiterter Senat**  
36 Sitze  
12:6:12:6  
oder 7:4:7:3

- Präsidium**
  - Präsident\_in
  - Vizepräsident\_innen
  - Kanzler\_in



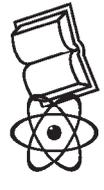
wählt  
kontrolliert Geschäfte

- Struktur- und Entwicklungsplan
- Zielvereinbarungen
- Erstellung des Haushaltsplans

Zustimmung  
Zustimmung  
Beschlussfassung

- ProfessorInnenberufung
- Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen
- Forschungsbericht

Stellungnahme  
Entscheidung  
Zustimmung



Forschungsschwerpunkte  
Besondere Forschungsprojekte

beschließt

§  
Verfassung und Satzungen der Universität

Zustimmung  
Stellungnahme